



Bundesumweltministerium und Chemieverband setzen neue Ziele für Human-Biomonitoring

Bundesumweltministerium und Chemieverband setzen neue Ziele für Human-Biomonitoring
Das Bundesumweltministerium entwickelt gemeinsam mit der Chemischen Industrie neue Methoden zur Messung von Chemikalien im menschlichen Körper. Im Fokus dieses Human-Biomonitoring stehen Substanzen, die von der Bevölkerung möglicherweise vermehrt aufgenommen werden oder die eine besondere Gesundheitsrelevanz haben könnten. Bis 2020 sollen für bis zu fünfzig dieser ausgewählten Stoffe oder Stoffgruppen Analysemethoden entwickelt werden. Kooperationspartner des Bundesumweltministeriums ist der Verband der Chemischen Industrie (VCI).
Human-Biomonitoring (HBM) liefert wissenschaftlich fundierte Daten, ob und in welchem Ausmaß Stoffe vom menschlichen Körper aufgenommen werden, ob es in der Bevölkerung Gruppen mit besonders hohen Belastungen gibt und ob chemikalienrechtliche Regelungen zum gewünschten Rückgang von Belastungen geführt haben.
Bei den nun für 2014 ausgewählten Stoffen handelt es sich um DEHA/DOA, DINA, Octocrylen und Lysmeral - zwei Weichmacher, einen UV-Filter und einen Riechstoff. Die Auswahl der Stoffe basiert auf den Empfehlungen eines hochrangig besetzten Expertenkreises aus Wissenschaft und Forschung, der Industrie und einschlägigen Fachbehörden.
Der Versuch, geeignete Nachweismethoden für die 2012 ausgewählten Siloxane D4, D5 und D6 zu finden, blieb dagegen erfolglos. Trotz erheblicher Bemühungen ist es nicht gelungen, hinreichend empfindliche und aussagekräftige Methoden zu entwickeln. Statt der Siloxane soll nun für die Chemikalie TDI, die bei der Herstellung von Kleb- und Schaumstoffen eine erhebliche Bedeutung hat, erstmals eine spezifische Nachweismethode erarbeitet werden. Auf diese Weise wollen die Kooperationspartner das ehrgeizige Ziel des Projekts bekräftigen, bis 2020 für bis zu 50 moderne Chemikalien erstmals geeignete Nachweismethoden zu entwickeln.
Insgesamt konnten seit 2010 sieben neue Methoden für Chemikalien wie DINCH, DPHP und MDI erarbeitet werden. Erfolge für zwei weitere Stoffe stehen kurz bevor. Die neuen Analysemethoden werden von der Deutschen Forschungsgemeinschaft als unabhängiges Expertengremium validiert. Bei allen im Projekt ausgewählten Stoffen handelt es sich um Substanzen, die verbrauchernah eingesetzt werden - als Weichmacher für Kunststoffe, etwa als UV-Filter in Kosmetika, als Lösemittel oder Flammenschutzmittel.
Die neuen Messmethoden werden nun im Rahmen von zwei Reihenuntersuchungen - im Fünften Umwelt-Survey bzw. an Proben der Umweltprobenbank angewendet, um Daten über die Relevanz in der Allgemeinbevölkerung oder ggf. deren zeitliche Entwicklung zu gewinnen. Für die Entwicklung der Nachweisverfahren hat der VCI die Verantwortung übernommen und wird dabei von dem Expertenkreis unterstützt und beraten. Für die Anwendung der Methoden liegt die Verantwortung beim BMUB, das hier eng mit dem Umweltbundesamt zusammenarbeitet.
Gelingt es, für möglichst viele chemische Stoffe neue Analysemethoden zu entwickeln, sind damit erhebliche Erkenntnisgewinne verbunden, ob eine Belastung der Bevölkerung mit heute wichtigen Industriechemikalien vorliegt. Bisher muss hier allzu oft auf modellhafte Annahmen zurückgegriffen werden, mit denen gesundheitliche Risiken leicht über- oder unterschätzt werden.
Die toxikologisch-gesundheitliche Bewertung der gefundenen Konzentrationen übernimmt die Human-Biomonitoring-Kommission, ein unabhängiges Expertengremium beim Umweltbundesamt. Das Vorkommen eines Stoffes im Organismus kann nicht pauschal als gesundheitlich relevant angesehen werden.
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin
Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
Mail: service@bmu.bund.de


Pressekontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Firmenkontakt

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

10117 Berlin

service@bmu.bund.de

Zum Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums gehören drei Bundesämter mit zusammen mehr als 2.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern: das Umweltbundesamt, das Bundesamt für Naturschutz sowie das Bundesamt für Strahlenschutz. Darüber hinaus wird das Ministerium in Form von Gutachten und Stellungnahmen von mehreren unabhängigen Sachverständigen-gremien beraten. Die wichtigsten Beratungsgremien sind der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen und der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen.